



Munich Personal RePEc Archive

**And Angela Merkel is right: the refugees
as opportunity for renewing German
society.**

Fischer, Justina A.V.

University of Mannheim

18 October 2015

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/67315/>
MPRA Paper No. 67315, posted 18 Oct 2015 22:42 UTC

Und Angela Merkel hat doch Recht: der Flüchtlingsstrom als Chance für eine Erneuerung der Gesellschaft Deutschlands

Justina A.V. Fischer¹

18. Oktober 2015

Abstract

Ausgehend von den bekannten Ängsten bezüglich des Flüchtlingsstroms versuche ich, anhand von Tatsachen und Fakten ein realistisches Zukunftsszenario zu zeichnen. Dieser Beitrag diskutiert die Finanzierungslast, den Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Integration – weitere eher spekulative Auswirkungen für Deutschland und den Nahen Osten sind am Ende dieses Beitrags kurz aufgezählt.

Keywords: Flüchtlinge, Asylanten, Arbeitsmarkt, Kultur, Staatsfinanzen, Syrien, Deutschland, Naher Osten, Mittlerer Osten

JEL codes: D10, H12, I28, J61, O52, O53, Z12

¹ Dr. Justina AV Fischer, Department of Economics, Universität Mannheim, e-mail: mail@justinaavfischer.de

Und Angela Merkel hat doch Recht: der Flüchtlingsstrom als Chance für eine Erneuerung der Gesellschaft Deutschlands

Die Deutschen sind zwiegespalten: die eine Hälfte engagiert sich emotional aber auch praktisch stark für die Flüchtlinge, während die andere Hälfte an der ‚German Angst‘ leidet – Angst vor dem Fremden, Angst vor der Überfremdung, Angst vor der unsicheren Zukunft. Aber sind diese Ängste wirklich begründet? Ist der eintreffende Flüchtlingsstrom tatsächlich eine Gefahr für unsere Gesellschaft oder verbirgt sich dahinter eher Riesenchance für unsere Zukunft?

Ausgehend von den bekannten Ängsten bezüglich des Flüchtlingsstroms versuche ich, anhand von Tatsachen und Fakten ein realistisches Zukunftsszenario zu zeichnen. Dieser Beitrag diskutiert die Finanzierungslast, den Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Integration – weitere eher spekulative Auswirkungen für Deutschland und den Nahen Osten sind am Ende dieses Beitrags kurz aufgezählt.

Angstvorstellung 1: Die schiere Zahl der Flüchtlinge überfordert unsere Aufnahmekapazität, führt zu Wohnungsnot und überfüllten öffentlichen Einrichtungen.

Tatsächlich ist unter rein demographischen Aspekten der breite Zustrom an wesentlich jüngeren Flüchtlingen zu begrüßen: Für Deutschland wurde bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts ein Bevölkerungsrückgang von etwa 82 Millionen auf etwa 60-70 Millionen prognostiziert - mit grosser Wahrscheinlichkeit werden der bestehende Zustrom an Einwanderern sowie künftige Migrantenströme diese Entwicklung nur etwas abmildern können (Statistisches Bundesamt, 2015). Der Zustrom an Flüchtlingen wird dieses Jahr wohl 1 Million Menschen betragen – jedoch haben alleine seit 1991 3 Millionen Bundesbürger Deutschland verlassen. Das Geburtendefizit (Geburten abzüglich Gestorbene) wird um 2060 mit bis zu 500'000 Personen pro Jahr die Hälfte der Stadt München erreicht haben - selbst unter Berücksichtigung der erwarteten durchschnittlichen (Netto-)Zuwanderung (Zuwanderung abzüglich Abwanderung) von 200'000 Menschen im Jahr wird Deutschland jährlich um die Bevölkerung einer mittleren Grossstadt wie etwa Aachen, Chemnitz, Karlsruhe,

Mannheim, Münster schrumpfen (siehe Statistisches Bundesamt 2015, Wikipedia 2015b). Das Durchschnittsalter der Flüchtlinge beträgt 23 Jahre - 25% von ihnen sind im noch schulpflichtigen Alter, und etwa 50% zwischen 18 und 35 Jahre alt; bei den männlichen Flüchtlingen sind sogar 64% zwischen 18 und 34 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Deutschen hingegen liegt zwischen 40 und 50 Lebensjahren (Ministerium für Integration, 2015): wir Deutsche leben in einer überalternden Gesellschaft. Uns sollten also die Flüchtlinge willkommen sein: die Zuwanderung wirkt wie eine demographische Verjüngungskur.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die der mangelnden finanziellen und wirtschaftlichen Tragbarkeit der Flüchtlingsaufnahme und -integration: Auch hier kann ein eher positives Bild gezeichnet werden, wenn man die Aufnahme der Flüchtenden als Investition betrachtet. Grundsätzlich begrüße ich aus menschlichen und moralischen Aspekten die Aufnahme der Flüchtlinge. Es gibt jedoch auch volkswirtschaftlich-kalkulatorische Argumente, die dafür sprechen: Ein Asylsuchender kann auch als eine potentielle volkswirtschaftliche Investition betrachtet werden: wie bei einheimischen Menschen auch investiert der deutsche Staat in deren Aus- und Weiterbildung (Schule, Lehre, Studium, etc.) und ‚erhält‘ dafür einen seinen Fähigkeiten gemäss ‚optimal einsetzbaren‘ Arbeitnehmer, der Steuern zahlt, Sozialbeiträge abführt, und alleine dadurch unser Gemeinwesen mitträgt. Bei einem Flüchtling mit einem Durchschnittsalter von 22 Lebensjahren liegen die ‚Investitionskosten‘ sogar niedriger als bei einem in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Menschen – trotz der anfallenden Integrationskosten: während der Staat den hier geborenen eine volle Schul- und Universitätsausbildung von bis zu 16 Jahren oder länger finanziert, müssen bei erwachsenen Flüchtlingen nur die Kosten für eine wesentlich kürzere Umschulung und Sprachkurse getragen werden. Fazit: Ökonomisch gesprochen generiert die Flüchtlingsaufnahme und -integration also wegen derer verkürzter ‚Ausbildungszeit‘ bei aber etwa gleich langer Berufstätigkeit eine positive ‚Rendite‘ (siehe auch FAZ online 2015). Wie weiter unten in Punkt 2 dargelegt, ist der Bildungs- und Ausbildungsstand der Asylsuchenden aus Syrien (mit bspw. 20% Akademikern), aber auch generell aller Flüchtlinge, überdurchschnittlich gut – mitnichten würde der deutsche Arbeitsmarkt also von einer Welle an Ungebildeten und potentiellen Niedriglöhnern überschwemmt werden. Der Familiennachzug führt dann zu einem weiteren Zustrom an jungen gebildeten Erwachsenen und schulpflichtigen Kindern – Personen im arbeitsmarkttechnisch quasi ‚optimalen‘ Alter. Bisher waren nur wenige der Flüchtlinge älter als 65 Jahre (Ministerium für Integration, 2015; Die Welt, 2015). Voraussetzung für eine optimale Integration in den deutschen Arbeitsmarkt ist aber eine schnelle unbürokratische Weiterbildungs-/Umschulungspolitik (siehe auch unten). Unter *langfristiger*

volkswirtschaftlicher Perspektive ist also der Zustrom an jungen und/oder relativ gut gebildeten Menschen aus dem Nahen Osten zu begrüssen.

Kurzfristig jedoch wird der Flüchtlingsstrom die Staatsausgaben für soziale Einrichtungen, Behörden, Schulen, Unterkünfte etc. steigen lassen; die Versorgung der Flüchtlinge vor Ort ist durchaus mit hohen Kosten verbunden - diese Ausgaben jedoch fließen mit hoher Wahrscheinlichkeit in den heimischen Wirtschaftskreislauf zurück, und haben dann kurzfristig den Effekt eines keynesianischen Konjunkturprogramms (der Staat generiert eine zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen durch Vergabe von öffentlichen Aufträgen oder Geldtransfers an sozial Bedürftige) (vgl. Der Spiegel, 2015a). Hier sollte, auch um Verteilungskonflikte mit (prekär lebenden) Einheimischen zu vermeiden, die Finanzierung dieser zusätzlichen (Netto-Mehr-)Ausgaben nicht durch Budgetkürzungen in anderen Bereichen oder Abwälzungen auf Länder und Kommunen sichergestellt werden. Betrachten wir die Aufnahme der Flüchtlinge als volkswirtschaftliche Investition, dann legitimiert diese Sichtweise sogar die Aufnahme von Schulden und die Abkehr von der Manie einer ‚schwarzen Null‘ im Bundeshaushalt (vgl. Der Spiegel, 2015c).

Ein anderer Kritikpunkt ist, dass die Flüchtlinge angeblich die Wohnungsnot in unseren Grossstädten verschärften: tatsächlich jedoch hat die Wohnungsnot ihre Ursache vor allem 1) in der Überalterung der deutschen Bevölkerung und 2) in der zunehmenden Konzentration von Arbeitsplätzen in urbanen Regionen, weniger jedoch in den Einwanderern. Zum einen sind ältere Menschen auf eine gut funktionierende Infrastruktur (Arzt, Supermarkt, Nahverkehr) angewiesen, die zu Fuss leicht erreichbar sein sollte. Zum anderen wünschen sich viele Arbeitnehmer eine gewisse Nähe zu ihrem Arbeitsplatz, was sich auch finanziell positiv niederschlagen kann (bspw. Verzicht auf ein Zweitauto). Generell ist die Lebensqualität in den Städten höher als auf dem Land: Alle 4 Millionenstädte in Deutschland weisen seit der Wiedervereinigung ein positives Einwohnerwachstum auf; während die Immobilienpreise in den Grossstädten kontinuierlich ansteigen, fallen sie auf dem Land beständig. Die angespannte Wohnsituation in den Städten wird auch dadurch verschärft, dass das subjektive Platzbedürfnis kontinuierlich zunimmt: 60m²-Wohnungen, die in den 1930er Jahren noch für eine Kleinfamilie (vier Personen) ausgelegt waren, werden 85 Jahre später meist von einer einzigen Person bewohnt. Die Wohnungsnot in den Grossstädten wird also vor allem durch das (rationale) Verhalten der einheimischen, sprich mehrheitlich deutschen, Bevölkerung selbst hervorgerufen – diese Probleme sind seit längerer Zeit existent und der Politik bekannt. Diese Wohnungsnot in den Städten muss langfristig durch Neubauten beseitigt werden. Vielleicht wäre es auch möglich, in geeigneter Form das

Untervermieten von Wohnraum oder die Bildung von Wohnungsgemeinschaften zu fördern – gerade junge Menschen (Schüler, Azubis, Studenten, Berufseinsteiger) haben meist ein weniger stark ausgeprägtes Platzbedürfnis.

Auch die Flüchtlinge werden, auf der Suche nach einem Arbeitsplatz/einer Weiterbildungsmöglichkeit, vermehrt in unsere Grossstädte ziehen: *people go where the jobs are*. Hier handelt es sich dann um eine vernunftgesteuerte (rationale) einkommensmaximierende Verhaltensweise der Flüchtlinge, welche die Politik nicht durch Zuweisung in eine Asyleinrichtung/leerstehende Wohnungen auf dem Lande verhindern können wird. Folglich sollten Asylantenheime und Erstaufnahmestätten besser vor allem in den Gross- und Mittelstädten selbst konzentriert werden, damit die optimale Um- und Weiterbildung der Flüchtlinge nicht an mangelndem Wohnraumangebot/Umzugsmöglichkeiten scheitert. Vor allem in den Grossstädten würden die Flüchtlinge dann eher einen kleinen Einwohneranteil bilden (bei 300'000 Einwohnern würden 15'000 Flüchtlinge gerademal 5% der städtischen Bevölkerung ausmachen), was das Aufkommen von Ressentiments bei den *natives* alleine von den relativen Zahlen her verhindern könnte (man denke an das umgekehrte Negativbeispiel einer Zuweisung von 4'000 Flüchtlingen in ein 6'000-Seelenstädtchen); zudem ist die grosstädtische Bevölkerung toleranter gegenüber Fremdem und weltoffener als die ländliche.

Angstvorstellung 2: Die meisten Flüchtlinge sind ‚Sozialschmarotzer‘, die den (hart arbeitenden einheimischen) Steuerzahlern auf der Tasche liegen werden. Ihre Integration in den Arbeitsmarkt wird nicht möglich sein.

Tatsächlich sind die meisten Flüchtlinge politisch Verfolgte, und keine Wirtschaftsflüchtlinge. Die politischen Flüchtlinge kommen bspw. aus Bürgerkriegsregionen oder gehören oft unterdrückten religiösen oder ethnischen Minderheiten an - ihr Leben ist konkret bedroht: ihnen droht Verfolgung, Ausbombung, Versklavung, oder Zwangsrekrutierung in einer Miliz. Mittlerweile kommen etwa 80% der Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten: Syrien (55%), dem Irak (11%), Iran (1%), Afghanistan (9%) oder Pakistan (3%) – dabei handelt es sich sowohl um Angehörige verfolgter Gruppen (bspw. Jessiden, Christen) aber auch um moderate Muslime (70% der Flüchtlinge), die dem IS Widerstand leisten bzw. sich dem IS nicht anschliessen wollen (FAZ online, 2015). Der Anteil der Asylsuchenden aus dem Balkan ist im September auf 7% gesunken.

Tatsächlich könnte die patriarchalische Herkunftskultur der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten in Kombination mit deren Geschlecht und Alter einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt eher förderlich als hinderlich sein: die Mehrheit der Flüchtlinge sind junge Männer, im Alter von 18 bis 35 Jahren. Bei diesen handelt es sich meistens um Familienväter – deren Plan ist es, in Deutschland eine neue Existenz aufzubauen und dann den Rest der Familie, also Ehefrau und Kinder, nachzuholen (diese sind dann ebenfalls der Altersgruppe bis 35 Jahre zuzuordnen). Die patriarchalische Kultur der Herkunftsländer bedingt, dass Broterwerb und Versorgung der Familie eine unumstößliche Pflicht des Ehemannes ist, die auch oft religiös untermauert ist. Auch nicht-repräsentative Interviews und Umfragen mit den Flüchtlingen offenbaren: die Intention dieser politisch Verfolgten aus dem Nahen Osten ist die zügige Arbeitsaufnahme und dafür notwendige Integration in den deutschen Arbeitsmarkt.

Generell ist der Bildungsstand der Flüchtlinge aus Syrien mittel bis hoch, was eine Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern wird. Die Abwesenheit legaler Fluchtwege fungiert hier als positiver Selektionsmechanismus: Oftmals legt die gesamte Familie zusammen, um für das auserkorene Familienmitglied die Schlepper bezahlen zu können – der Preis liegt bei mehreren Tausend Euro. Bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von etwa 150 Euro (in Syrien) kann sich also nur die gut ausgebildete Mittel- und Oberklasse eine Flucht nach Europa finanziell leisten. Tatsächlich zeichnen freiwillige Angaben zum Bildungsstand unter den Flüchtlingen aus Syrien von Januar 2013 bis September 2014 folgendes Bild: 21% haben eine Universität oder Hochschule besucht, 22% ein Gymnasium, und etwa 47% eine Volks- oder Realschule. Nur ein geringer Prozentsatz besitzt keinerlei Schulbildung (siehe Die Welt, 2015). Die Flüchtlinge aus Syrien sind in der Tendenz sogar besser gebildet als die Vergleichsgruppe aller Flüchtlinge (Hochschulbildung unter allen Asylsuchenden: 16%). Selbstverständlich ist eine 100%ige Vergleichbarkeit der ausländischen Abschlüsse mit dem deutschen System nicht gegeben – hier kann aber mit geringem Aufwand eine Gleichheit hergestellt werden: das Abitur kann hier auf Deutsch wiederholt werden (Aufwand: 1-2 Jahre), der syrische Master Abschluss hier als Bachelor anerkannt werden und mit einem deutschen Master gekrönt werden (Aufwand: 2 Jahre), die Berufsausbildung in Syrien als verkürzte Lehre in Deutschland vertieft werden (Aufwand: 1-2 Jahre). Folglich kann von einem erstarkendem Angebot an ‚unskilled labor‘ durch den Flüchtlingsstrom nicht ausgegangen werden.

Es liegt an unserer Gesellschaft und seinen Institutionen, für eine entsprechende Bildung und Ausbildung der Asylanten zu sorgen – und zwar nicht nur der

schulpflichtigen minderjährigen Flüchtlinge. Wir benötigen vor allem eine Abkehr von der Idee eines Lebenslaufs ohne Brüche! Im heutigen Deutschland wird allgemein bis zum 70. Lebensjahr gearbeitet, so dass auch ein später Berufseinstieg auch mit dem 40. Lebensjahr zu immerhin 30 Jahren an Beitragszahlungen für den Sozialstaat und in die Rentenkassen führt. Auch unter den Deutschen sind Studenten mit 30 Jahren und Lehrlinge mit 25 Jahren keine Seltenheit. Für die Flüchtlingspolitik bedeutet dies: wir müssen das Abitur mit 28, die Lehre mit 33, den Studienabschluss mit 35 fördern. Wir erwarten bzw. ermöglichen den anerkannten Asylanten ein lebenslanges Lernen und eine zügige und unbürokratische Weiter- und Umqualifikation auch im mittleren Lebensalter.

Angstvorstellung 3: Die Flüchtlinge lassen sich aufgrund ihrer andersartigen Kultur nicht gut integrieren. Es droht eine Islamisierung der deutschen Gesellschaft.

Tatsache ist, dass der kulturell-soziale Hintergrund der Flüchtlinge und deren persönliche Fluchtgründe keinen Schluss zulassen, dass radikale Islamisten oder integrationsunwillige Personen bei uns Asyl suchen. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus unterschiedlichen Fakten:

1. Die Herkunftsländer der Flüchtlinge selbst sind bzw. waren religiös und ethnisch gemischt, und in ihnen wurde bis vor kurzem ein eher friedliches und tolerantes Zusammenleben der Volksgruppen und Konfessionen geübt - quasi als Spiegelbild einer globalisierten Welt (vgl. Der Spiegel, 2015b). In Damaskus beispielsweise lebten bis vor Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 noch 2.8 Millionen Menschen mit folgenden ethnischen Ursprüngen: Araber, Kurden, Armenier, Aramäer, Griechen und Türken, sowie Gastarbeiter aus den syrien umgebenden arabisch-sprechenden Ländern. Unter den vertretenen Religionen finden sich verschiedene Richtungen des Islams (Sunniten, Alawiten), Drusen, Judentum, und unterschiedliche christliche Kirchen (vgl. Wikipedia, 2015a). Das Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Konfessionen und Ethnien in Syrien war offensichtlich einvernehmlich und friedlich (vgl. auch FAZ online, 2015).

2. Die meisten Asylsuchenden fliehen aus Angst um Leib und Leben vor radikal-religiösen paramilitärischen Gruppen (u.a. IS, Taliban) und deren Unterdrückungs- und Diskriminierungspolitiken. Dies betrifft nicht nur Angehörige nicht-islamischer Religionen (am bekanntesten sind die Jesiden) -

etwa 70% der Flüchtlinge sind Muslime. Diese gemässigten Muslime oder ‚Kulturmuslime‘, wie sich einer meiner türkischen Kollegen manchmal selbst zu nennen pflegt, haben sich von den radikalen Auswüchsen ihrer Religion durch ihre Flucht selbst bereits distanziert. Beispielsweise in Syrien zeigt sich diese gemässigte Auslegung des Islams auch in der relativ starken Stellung und Unabhängigkeit der Frau in der Gesellschaft (vgl. FAZ online, 2015). Zudem wurde unter dem Diktator Assad die Religion eher im privaten Bereich ausgeübt, so dass in Syrien bereits seit längerer Zeit die Trennung zwischen ‚Religion‘ und ‚Staat‘ praktiziert wurde (vgl. Der Spiegel, 2015b).

3. Die Alterszusammensetzung der Flüchtlinge spricht ebenfalls für deren potentiell gute Integration in unsere Gesellschaft (Die Welt, 2015; Ministerium für Integration, 2015; FAZ online, 2015): 25% der Flüchtlinge sind Kinder, denen wir mittels Schulbesuch unsere Werte vermitteln können. Weitere 50% der Flüchtlinge sind integrationswillige junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren: diese wissen selbst, dass eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nicht ohne Werteintegration möglich sein wird. Bei Anerkennung als Asylant erfolgt dann der Nachzug der Ehepartner und Kinder: auch hier sind die Kinder schulpflichtig, und die Mütter im Alter ihrer Ehemänner.

4. Der Nahe Osten allgemein (und der Islam im speziellen) pflegt eine lebendige Kultur der Gastfreundschaft, fordert aber auch den Respekt des Gastes vor dem Gastgeber und seinen Gepflogenheiten (‚adab‘ als religiöse Pflicht, siehe Wikipedia 2015c). Es kommt nicht von ungefähr, dass sich religiöse Radikalisierungen von Migranten (bspw. in Grossbritannien muslimische Migranten aus Pakistan) erst in der zweiten und dritten Generation feststellen lassen, jedoch nicht in der Generation der exilierten Mütter und Väter/Grosseltern: In der ersten Generation überwiegt ein Gefühl der tiefen Dankbarkeit dem aufnehmenden Land gegenüber (vgl. Der Spiegel, 2006; ‚schukr‘ als religiöse Pflicht, siehe ‚Islam auf Deutsch‘, 2015).

Was bedeutet dies für Deutschland als aufnehmendes Land: Eine Hauptlast der Wertevermittlung wird wohl von den privaten und öffentlichen Bildungsinstitutionen getragen werden (müssen) – sei es im Sprachunterricht oder durch die Weiter- und Umbildung der Flüchtlinge in Schulen, Lehrstellen, Berufsakademien, Universitäten. Auch privat oder staatlich organisierte Freizeitaktivitäten können eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung unserer Werte als gelebte Werte spielen. Unter Umständen wäre auch die temporäre private Unterbringung in ‚Pflege- und Gastfamilien‘ zwecks Einführung in unsere Kultur und Gesellschaft anzudenken (bspw. für die Dauer der Integrations- und

Sprachkurse), und für längere Zeit für alleinstehende Flüchtlinge im schulpflichtigen Alter (wie bereits in Einzelfällen passiert, siehe Der Spiegel 2015d).

Um die Integration zu erleichtern und Radikalisierungen von Asylanten zu vermeiden, erscheint mir jedoch am wichtigsten, den Menschen mit einer positiven Grundeinstellung und prinzipiellen Akzeptanz zu begegnen – beobachtete Radikalisierungen in den zweiten und dritten Migrantengenerationen stellen oft Reaktionen auf erfahrene Diskriminierung und Perspektivlosigkeit in der neuen Heimat dar. Die Erfahrungen in Großbritannien (siehe oben) zeigen, dass Anhänger radikaler Religionsauslegungen eher ‚home made‘ sind denn von auswärts importiert.

Weitere Entwicklungen in Deutschland und im Nahen/Mittleren Osten in der nahen und fernen Zukunft könnten sein (teilweise spekulativ):

- Internationale Politik: Neue Brückenfunktion Deutschlands zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten mittels der Immigranten
- Kultur im Nahen Osten: Transfer von (west-)europäischen Werten und Gesellschaftsstrukturen in den Nahen Osten durch Rückkehrer der ersten und zweiten Generation; inklusive zu gründender ‚lokaler‘ Traditionen in 1) Parlamentarismus und Demokratieverständnis zur Verhinderung von Diktaturen und Clanherrschaften, 2) Föderalismus und Dezentralisierung zur Wahrung der kulturellen Eigenständigkeit von Minderheiten und 3) einer historisch-kritischen Koranexegese für die Entwicklung eines Islamverständnis für das 21. Jahrhundert.
- Kultur und Leute in Deutschland: Entstehen einer neuen deutschen Kultur aus südländischer Gelassenheit und Flexibilität gepaart mit ‚alt‘deutscher Gründlichkeit und Erfindungsreichtum. Die genetische Durchmischung führt zudem zu einer Anpassung an die globale Erwärmung, d.h. an Hitzesommer und südländische Speisekarte (Neophyten).
- Politik in Deutschland: Die in der Krise evident gewordene verstärkte Einmischung der Bürger in die Bundespolitik durch Engagement auf lokaler Ebene (‚grass roots movements‘) führt letztlich zur Einführung direktdemokratischer Elemente auf der Bundesebene.

Literatur/Quellen:

Der Spiegel, 2015a: „Flüchtlinge als Konsumenten: Heute im Heim, morgen Kunde“, 16. Oktober 2015.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-als-konsumenten-unternehmen-hoffen-auf-neue-kunden-a-1057394.html> . Heruntergeladen am 16. Oktober 2015.

Der Spiegel, 2015b: „Muslime in Deutschland: "Wer auf andere losgeht, hat sein Asylrecht verwirkt", 10. September 2015,
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-effekt-wie-veraendern-fluechtlinge-den-islam-in-deutschland-a-1051934.html>. Heruntergeladen am 12. Oktober 2015.

Der Spiegel, 2015c: "Kosten für Flüchtlinge: Schäuble stellt sich auf neue Staatsschulden ein“, 17. Oktober 2015
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wolfgang-schaeuble-stellt-sich-auf-neuverschuldung-fuer-2016-ein-a-1058151.html> . Heruntergeladen am 17. Oktober 2015.

Der Spiegel, 2015d: "Flüchtlinge in deutschen Familien: "Die Kinder sind aus dem Haus, wir haben Platz", 18. Oktober 2015
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/familien-aus-wildeshausen-nehmen-fluechtlinge-auf-a-1047455.html> . Heruntergeladen am 18. Oktober 2015

Der Spiegel, 2006, "Pakistaner in Großbritannien: Die verlorenen Seelen von Ostlondon", 14. August 2006,
<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/pakistaner-in-grossbritannien-die-verlorenen-seelen-von-ostlondon-a-431643.html> . Heruntergeladen am 16. Oktober 2015.

Die Welt, 2015. „Das sind die neuen Syrer in Deutschland“, 10. September 2015.
<http://www.welt.de/politik/ausland/article146277482/Das-sind-die-neuen-Syrer-in-Deutschland.html> . Heruntergeladen am 12. Oktober 2015.

FAZ online, 2015: „Flüchtlinge - Wer kommt da eigentlich zu uns?" veröffentlicht am 21. September 2015. "
<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlinge-wer-kommt-da-eigentlich-zu-uns-13812517.html> . Heruntergeladen am 17. Oktober 2015.

Islam auf Deutsch, 2015: „schukr“, verfasst von Hikmet Işık am 07. September 2013,
<http://islamaufdeutsch.de/sufismus-tasawwuf/311-schukr-dankbarkeit> . Heruntergeladen am 16. Oktober

Ministerium für Integration (BW), 2015: Asylbewerber: "Zahlen und Daten",

heruntergeladen am 10. Oktober 2015

Statistisches Bundesamt, 2015: "Bevölkerung Deutschlands bis 2060: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. " herausgegeben vom Statistischen Bundesamt. veröffentlicht am 28. April 2015.

Wikipedia, 2015a: „Damaskus“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Damaskus>.
Heruntergeladen am 12. Oktober 2015.

Wikipedia, 2015b: „Liste der Grossstädte in Deutschland“,
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Großstädte_in_Deutschland
Heruntergeladen am 13. Oktober 2015.

Wikipedia 2015c: „Adab (Islam)“
[https://en.wikipedia.org/wiki/Adab_\(Islam\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Adab_(Islam)) (zuletzt geändert am 19. September 2015).
Heruntergeladen am 17. Oktober 2015.